

## TOPMELDUNG

## WASSERSTOFF

## Wasserstoffproduktionsanlage in Freienbach nimmt wieder Fahrt auf

**Lausanne (energate) - Die Energieversorgerin Alpiq hat am 15. Juni die Gründung der Hydrogen Höfe Freienbach AG angekündigt. Zweck der Gesellschaft ist der Bau einer bis zu 10 MW starken, netzgebundenen Wasserstoffproduktionsanlage in Freienbach/SZ. Deren Inbetriebnahme war allerdings ursprünglich schon für Ende 2022 vorgesehen.** "Das Projekt brachte zeitintensive, zusätzliche Klärungen mit Behörden mit sich", begründete Alpiq die Verzögerung auf Nachfrage. Immerhin scheint es nun so, als wären die Gespräche von Erfolg gekrönt gewesen. Wie die Energieversorgerin gegenüber energate schreibt, liegen nun alle erforderlichen Baugenehmigungen vor.

Als weiteren Grund für die Verzögerung führte Alpiq eine sehr aufwendige technische Beschaffung ins Feld, unter anderem wegen Einschränkungen der globalen Lieferketten. Auf die Beschaffung verweist Alpiq auch in der offiziellen Mitteilung zur Gründung der Hydrogen Höfe Freienbach AG. Demnach steht als Nächstes die Beschaffung der beiden technischen Hauptkomponenten Elektrolyseanlage und Verdichter an. Gelingt die Beschaffung dieser zentralen Komponenten in der vorgesehenen Zeit, könne die Anlage nach aktuellem Stand Ende 2024 in Betrieb gehen, so Alpiq weiter zu energate.

### Neuer Investor an Bord

Neben dem Zeitplan ist auch die Projektträgerschaft neu. Wie Alpiq mitteilte, wird die Hydrogen Höfe Freienbach AG zu jeweils einem Viertel der Alpiq selber, dem Querverbundunternehmen EW Höfe, der Tankstellenbetreiberin Socar Energy sowie dem Asset Manager CIME Capital gehören. CIME Capital ist dabei neu an Bord. Das Projekt war ursprünglich nur von den ersten drei Akteuren lanciert worden. "Die Hydrogen Höfe Freienbach AG passt durch die Förderung von erneuerbaren Energien optimal in unser Portfolio. Denn unsere Anlagestrategien zielen auf Investitionen ab, die einen wesentlichen Beitrag zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) leisten", so Andreas Mattig, Verwaltungsratspräsident der CIME Capital, zum Investment der Firma. Netzentgeltbefreiung keine Bedingung für Umsetzung des Projekts

## INHALTSVERZEICHNIS

## ★ TOPMELDUNG

Wasserstoffproduktionsanlage in Freienbach nimmt wieder Fahrt auf 1

## 🇨🇭 SCHWEIZ

Panel zu E-Mobilität: Mehr Tempo und leichter Zwang gefordert 2  
Erste Energiesysteme auf SBB-Areal in Zürich-Altstetten in Betrieb 3  
MyClimate erzielt Rekord bei CO<sub>2</sub>-Einsparungen 4  
EWS installiert seine erste bidirektionale Ladestation 4  
Repower profitiert von starkem Handelsgeschäft 5  
120 Mio. Dollar Kapitalzusagen für Fonds von Susi Partners in Südostasien 5

## 🇩🇪 DEUTSCHLAND

Bundesländer drängen auf Industriehilfen 5  
Opposition will Heizungsgesetz in die Tonne treten 6

## 🇪🇺 EUROPA

Polen hat zu viel Kohle 6  
Statkraft schliesst PPA für grünen Wasserstoff aus dem Ruhrpott 7  
Vorlaufphase für CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe startet 7  
Bundesländer holen bei Energiezielen auf 8

## 🌐 INTERNATIONAL

Strom-Frontjahr klettert erstmals seit April wieder über 150 Euro 8  
Meldung über Groningen-Schliessung sorgt für Gashandelsturbulenzen 9  
Spekulanten treiben EUAs über 90-Euro-Marke 10

Der grüne Wasserstoff in Freienbach soll ausschliesslich mit Strom aus erneuerbaren Quellen über das Netz produziert werden. Gemäss heutigem Gesetz fielen bei der Produktion des grünen Wasserstoffs also Netznutzungsgebühren an. Dies erstaunt, denn in der Branche hört man oft, Wasserstoffproduktionsanlagen könnten in der Schweiz ohne Netzentgeltbefreiung nicht wirtschaftlich betrieben werden.

"Generell kann man sagen, dass der langfristige Erfolg von H<sub>2</sub>-Projekten kein Selbstläufer ist. Es braucht starke Partner, die entschlossen sind und mit dem erforderlichen Know-how und Geschick Lösungswege finden", entgegnete Alpiq gegenüber energate. Die Energieversorgerin hielt weiter klar fest, dass das Projekt in Freienbach ein kommerzielles Projekt mit einem entsprechenden Investment sei. "Wir investieren auf der Grundlage eines soliden Geschäftsplans", so Alpiq.

Bleibt die Möglichkeit, dass Alpiq und ihre Partner auf eine Änderung der Rahmenbedingungen spekulieren. Im Rahmen des Mantelerlasses ist derzeit vorgesehen, dass Wasserstoffproduktionsanlagen das Netznutzungsentgelt für den Strom, den sie für die Produktion von Wasserstoff verwenden, zurückerstattet bekommen könnten. Gegenüber energate betonte Alpiq aber, dass der Mantelerlass bzw. besagte Bestimmung keine zwingende Voraussetzung dafür sei, dass man die Anlage baue. "Die Erstattung wäre für unsere Planung ein wichtiges Signal, mögliche Unsicherheiten zu reduzieren", hielt Alpiq dennoch fest.

Die Anlage in Freienbach soll dereinst rund 1.200 Tonnen Wasserstoff pro Jahr produzieren. Er soll schwergewichtig im Schwerverkehr eingesetzt werden. Darüber hinaus soll Wasserstoff in das Erdgasnetz und Abwärme ins neu entstehende regionale Fernwärmenetz eingespeist werden. /mg

SCHWEIZ

## E-MOBILITÄT

## Panel zu E-Mobilität: Mehr Tempo und leichter Zwang gefordert

**Bern (energate) - Vieles liegt noch im Argen: So der Tenor der Diskussion von Renault-Schweiz-Chefin Claudia Meyer, CKW-CEO Martin Schwab und den Nationalräten Jürg Grossen (GLP) sowie Benjamin Giezendanner (SVP) im Rahmen der ersten Schweizer Konferenz Elektromobilität.**

Diese soll neu jährlich von den drei Verbänden Auto Schweiz, Swiss E-Mobility und VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen) ausgerichtet werden. Bei der Premiere in Bern reichten die Themen der zahlreichen Vorträge und Panels von Fahrzeug- und Batterietechnik über die Ausgestaltung des

Stromnetzes und der Ladeinfrastruktur bis zum Einsatz von E-Fahrzeugen in Logistik-Grossflotten. Bei vielen stand dabei eine Frage im Zentrum: Wie bringt man mehr Tempo in den Ausbau der Elektromobilität in der Schweiz?

### Giezendanner: "Wer bezahlt das alles?"

Auch das Panel mit Meyer, Schwab, Grossen und Giezendanner setzte sich damit auseinander. SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner nahm dabei die Rolle des Mahners ein: Als Transportunternehmer sehe er sowohl die Herausforderung, dass schnell genug eine flächendeckende Ladeinfrastruktur in der Schweiz realisiert werde, als auch die Hürden bei der Elektrifizierung des Schwerlastverkehrs. Bei allem stünde zudem die Frage im Raum: "Wer bezahlt das alles? Am Ende sind es die Steuerzahler", so Giezendanner. Dabei gehe es nicht nur um die Ladeinfrastruktur, sondern auch um die Netze. Giezendanners Ratskollege Jürg Grossen, GLP-Präsident und Elektrounternehmer, hielt dem entgegen, dass gerade der Netzausbau nicht auf einen Schlag finanziert werden müsse.

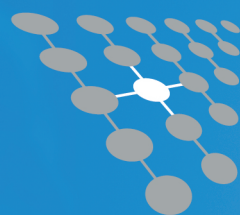
Zudem sei erst kürzlich eine ETH-Studie zu dem Schluss gekommen, dass die Energiewende günstiger ausfalle, als etwa von der SVP im jetzigen Abstimmungskampf um das Klimaschutzgesetz ins Feld geführt, so Grossen. In einem White Paper hatten ETH-Forscher festgehalten, dass die Energiewende die Kosten des Energiesystems um 380 bis 600 Franken pro Kopf und Jahr erhöhen wird. Die SVP argumentiert, das "Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit" werde die Kosten von heute 3.000 auf neu bis zu 9.600 Franken pro Kopf und Jahr steigen lassen.

Doch trotz klarer Opposition zu Giezendanner schien Grossen im Vergleich zu den beiden anderen Diskutanten mehr die Rolle des Beruhigers zuzufallen. Beispielsweise wenn er

**6. - 7. Juli 2023**  
**Zürich Marriott Hotel**

### Auszug der ReferentInnen

Jürg Grossen, Nationalrat und Präsident, GLP Schweiz | Dr. Jürgen Schneider, Sektionschef Sektion VI – Klima und Energie, BmK, Österreich | Dr. Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor und Leiter Wirtschaftspolitik, Swissmem | Christian Pho Duc, CTO, Smartenergy | Dr. Till Schneiders, Vice President Technology & Quality, Swiss Steel Group | Noah Heynen, CEO, Helion | Dr. Jörg Wild, CEO, Energie 360° | Guy Bühler, Head Hydrogen, Axpo | Dr. Christian Schaffner, Executive Director, ESC, ETH Zürich | Dr. Sebastian Kemper, Geschäftsführer, Trading Hub Europe | Daniela Decurtins, Direktorin, VSG | Dr. Jörg Spicker, Senior Strategic Advisor, Swissgrid | Marc Steiner, Richter, BVG | ...



**INNOVATIONSFORUM**  
**ENERGIE**

innovationsforum-energie.ch

Host Partner

**SMARTENERGY**

Partner

**ENERGIE**  
**ZUKUNFT**  
**SCHWEIZ**

**esolva**  
we make energy easy

**EWA**  
energieUri

| Home | Lab | HSLU Hochschule



CKW-CEO Martin Schwab entgegnete, dass doch durchaus viel gemacht und gebaut werde, als dieser anmahnte, in der Schweiz brauche es deutlich mehr Tempo beim Erneuerbaren-ausbau. Schwab sagte gar: "Die Versorgungssicherheit in der Schweiz ist heute gefährdet." Der noch im Parlament hängige Energie-Mantelerlass bringe zwar einige Verbesserungen. Aber beim Solarexpress etwa stelle sich hinsichtlich der Vorgabe, dass entsprechende PV-Anlagen bis 2025 am Netz sein müssen, die Frage: "Warum ist er zeitlich beschränkt? Vor allem, wenn es schon allein so lange braucht, um die Netze zu verstärken."

### Grossen: "Gewisser gesetzlicher Zwang"

Doch obgleich Grossen bei vielem zu beruhigen und zu vermitteln versuchte, äusserte auch er Kritik, vor allem hinsichtlich des Ladeinfrastrukturausbaus für E-Autos. Hier brauche es mehr Anreize und gegebenenfalls auch "einen gewissen gesetzlichen Zwang", damit Hauseigentümer für die nötige Infrastruktur sorgten, so der GLP-Nationalrat. Als sanfte Zustimmung zu Grossens Argumentation konnte man Claudia Meyers Satz deuten: "Zwang ist immer die schlechteste Lösung, aber wir haben bisher einfach zu wenig Tempo gehabt." Neben dem Problem der ungenügend vorhandenen Ladeinfrastruktur für Mieter monierte die Managing Director der Renault Suisse SA die vom Bund getroffene Entscheidung, dass neu auch für E-Autos ab 2024 eine Importsteuer von vier Prozent gilt. Dies komme "zum total falschen Zeitpunkt", so Meyer, da es jetzt darum gehe, die Masse an Autofahrern von der E-Mobilität zu überzeugen.

Dennoch zeigte sich die Renault-Schweiz-Chefin überzeugt, dass zumindest Renault hierzulande seine Ziele auch im Nutzfahrzeugbereich erreichen werde. "Wir werden bis 2030 voll elektrifiziert sein", betonte sie. Doch Meyer teilte zugleich Giezendanners Zweifel, dass dies beim Schwerlastverkehr gelingen wird. "Bei grossen LKW wird es schwierig, dass sie vollelekt-

risch unterwegs sind, schlicht wegen der Lasten. Bei grossen Trucks muss man mit anderen Lösungen kommen, man müsste auch technologieoffen sein, etwa für E-Fuels." Insgesamt fehlt der Managing Director eine klare Strategie in Sachen Elektromobilität, wie während der Diskussion klar wurde. Die passionierten E-Auto-Besitzer besäßen bereits längst ein entsprechendes Fahrzeug, so Meyer. Jetzt gehe es um die grosse Masse. Und diese stünde vor der Hürde, dass es in der Schweiz "keine Planungssicherheit, keine politische Roadmap" gebe. /mj

## ERNEUERBARE ENERGIEN

### Erste Energiesysteme auf SBB-Areal in Zürich-Altstetten in Betrieb

**Zürich (energate) - EWZ hat ein klimafreundliches Energiekonzept für das SBB-Werkstadtareal in Zürich-Altstetten erstellt. Nach dessen Umgestaltung soll das Gelände vollständig erneuerbar versorgt werden.** Ein Teil der Systeme ist seit einigen Tagen in Betrieb. Seit Juni würden das Hauptgebäude mit rund 12.400 Quadratmetern Fläche sowie weitere Teile des Areals erneuerbaren Strom sowie klimafreundliche Wärme und Kälte beziehen, teilte die Zürcher Energieversorgerin mit. EWZ übernimmt bei der ganzheitlichen Energieversorgung des Areals die Rolle eines Contractors. Das Unternehmen ist sowohl für die Planung der Energielösung als auch für deren Realisierung und Betrieb während einer Vertragsdauer von 43 Jahren zuständig.

#### Erstes Grossobjekt ausgestattet

Auf dem 42.000 Quadratmeter grossen Werkstadtareal entstehen bis 2035 Räume für Gewerbe, Kreislaufwirtschaft und Kultur. Die Transformation folgt dem Masterplan "Werkstadt Zürich". Das Hauptgebäude Q ist das erste Objekt, das umgebaut wird. Die Arbeiten begannen Anfang 2021. Als Quelle für



# INNOVATIONSFORUM MOBILITY

[innovationsforum-mobility.ch](https://innovationsforum-mobility.ch)

**28. und 30. Juni 2023**  
Gottlieb Duttweiler  
Institute, Rueschlikon

HOST PARTNER



SMARTENERGY

LEAD PARTNER



Hitachi Energy

PARTNER



HONDA  
Landis & Gyr  
tiko  
manage energy better

die Versorgung mit Wärme und Kälte dient laut EWZ Grundwasser aus vier Wasserfassungen auf dem Areal. Wärmepumpen und Kältemaschinen in der Energiezentrale bringen das Wasser auf die nötige Temperatur, bevor es in die Gebäude fliesst. Diese sind untereinander verbunden, was den Austausch von überschüssiger Energie zwischen den Objekten ermöglicht.

Weiterer Bestandteil der Energieversorgung ist eine PV-Anlage, die den Betrieb ebenfalls bereits aufgenommen hat. Wie EWZ ausführte, wurde für die Nutzung des lokal produzierten Stroms ein Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV) gegründet, welcher im Endausbau aus rund 300 Parteien bestehen werde. Damit kann laut Mitteilung eine Eigenverbrauchsquote von nahezu 100 Prozent erzielt werden. /yb

## EMISSIONEN

### MyClimate erzielt Rekord bei CO2-Einsparungen

**Zürich (energate) - Die Stiftung MyClimate hat im vergangenen Jahr fast vier Mio. Tonnen CO2 verhindert. Das geht aus dem Jahresbericht der Organisation hervor. Diesem zufolge verkaufte MyClimate 2022 Emissionsreduktionen im Umfang von rund 3,9 Mio. Tonnen CO2.** Die Summe der zertifizierten CO2-Emissionsreduktionen aus MyClimate-Klimaschutzprojekten betrug gleichzeitig etwas mehr als 3,8 Mio. Tonnen. Das entspricht rund zehn Prozent der Emissionen in der Schweiz im selben Zeitraum und einem neuen Spitzenwert in der Geschichte der Stiftung, die 2002 ihre Arbeit aufnahm. Laut Jahresbericht hat MyClimate in diesen knapp zwei Jahrzehnten des Bestehens insgesamt 16,4 Mio. Tonnen CO2 reduziert und den Wert innerhalb dieser Zeit jährlich gesteigert. Im Zusammenhang mit den CO2-Einsparungen stieg auch der Umsatz markant an, wie aus dem Jahresbericht hervorgeht. Demnach nahm MyCli-

mate im vergangenen Geschäftsjahr rund 60 Mio. Franken ein und damit 32 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Jahresergebnis im Geschäftsjahr 2022 belief sich auf rund zwei Mio. Franken. Der Betrag wird dem Organisationskapital zugewiesen. Offen ist zurzeit, wer die operative Führung der Stiftung künftig einnimmt. Wie MyClimate gegenüber energate bestätigte, läuft die Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin für den bisherigen CEO Stephan Neff weiter. Neff hatte im Mai seinen Rücktritt per 1. Oktober bekannt gegeben. /yb

## E-MOBILITÄT

### EWS installiert seine erste bidirektionale Ladestation

**Ibach (energate) - Das Elektrizitätswerk Schwyz (EWS) hat die erste bidirektionale Ladestation für Elektroautos im Kanton Schwyz installiert.** Die Ladestation auf dem EWS-Firmenparkplatz dient nicht nur dem Aufladen von Elektroautos, sondern auch der Speicherung überschüssiger Solarenergie, wie die CKW- und damit auch Axpo-Tochter mitteilt. Die überschüssige Energie wird demnach in das EWS-Firmengebäude rückgespielen. "Die grossen Batterien der Elektroautos ermöglichen eine Optimierung des Eigenverbrauchs der auf unseren Firmendächern installierten Photovoltaikanlagen. Der Strom wird im Fahrzeug zwischengespeichert und kann bei Bedarf wieder entnommen werden", schreibt dazu Jonas Betschart, Leiter E-Mobilität bei EWS.

Die Entladeleistung sei beim bidirektionalen Laden viel geringer als beim Fahren, nämlich um den Faktor zehn und mehr, so Betschart weiter. Die Rückspeisung von Energie ins Gebäude belaste die Batterie daher nur minimal. Noch unterstützen zwar nicht alle Fahrzeuge diese Ladetechnologie. Mehrere Hersteller hätten aber für die nahe Zukunft die Freischaltung ihrer Fahrzeuge für bidirektionales Laden angekündigt, betont EWS. /mj





# VERTEILNETZ FORUM

verteilnetzforum.ch

20. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler  
Institute, Rüschlikon

Versorgungssicherheit  
Regulierung  
Grundversorgung  
Netzoptimierung  
Energiewende

PARTNER







## UNTERNEHMEN

## Repower profitiert von starkem Handelsgeschäft

**Poschiavo (energate) - Die Repower AG korrigiert die Prognose für das erste Halbjahr 2023 nach oben. Das Unternehmen werde ein deutlich besseres Betriebsergebnis auf Stufe Ebit erzielen als erwartet, teilte die Energieversorgerin mit.** "Die Gründe liegen hauptsächlich im ausgezeichneten Handelsgeschäft", führt Repower aus. Der Markt bleibe allerdings nach wie vor sehr anspruchsvoll. Negative Effekte, wie zum Beispiel das Ausbleiben von Niederschlägen oder erneute Marktverwerfungen, könnten das Jahresergebnis folglich erheblich beeinflussen. Detailliertere Informationen zum Halbjahresergebnis 2023 wird Repower am 31. August 2023 präsentieren. /yb

## FINANZIERUNG

## 120 Mio. Dollar Kapitalzusagen für Fonds von Susi Partners in Südostasien

**Zug (energate) - Der Investment Manager Susi Partners hat seinen Südostasien-Energiewendefonds mit Gesamtkapitalzusagen von 120 Mio. US-Dollar geschlossen.** Die verbleibenden Kapitalzusagen an den "Susi Asia Energy Transition Fund" (SAETF) sollen sowohl durch bereits existierende Plattformen investiert als auch für weitere Investitionen, die dem Fondsmandat entsprechen, verwendet werden, so Susi Partners. Laut Angaben des Unternehmens umfasst das Portfolio von SAETF derzeit vier Investitionen. Dazu gehören ein auf Energieeffizienz fokussiertes Joint Venture mit Invest Energy und eine Plattform für die Entwicklung von grossangelegten Anlagen für die Produktion erneuerbarer Energie mit Pacific Impact Development. Zwei weitere Investitionen fokussieren

auf die Vor-Ort-Erzeugung von Solarenergie für Gewerbe- und Industriekunden mit einem Joint Venture mit Entoria Energy und einer Investition in Asia Clean Capital Vietnam.

SAETF erhielt laut Susi Partners Kapitalzusagen von sieben Entwicklungsfinanzierungsinstituten und ausgewählten privaten Investoren. Nachdem der Fonds für das erste Closing Kapitalzusagen von der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), der niederländischen FMO und den nordischen Entwicklungsfonds Norfund und Swedfund erhielt, habe man nun weitere Beteiligungen von der österreichischen Entwicklungsbank OeEB, der britischen BII (British International Investment) und der belgischen BIO (Belgian Investment Company for Developing Countries) sichern können. /mj

## DEUTSCHLAND

## MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ

## Bundesländer drängen auf Industriehilfen

**Berlin (energate) - Die Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer fordern angesichts der hohen Energiekosten finanzielle Hilfen für die energieintensive Industrie.** Andernfalls drohe ein "Substanzverlust" im industriellen Mittelstand und bei grossen Unternehmen, warnte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) nach der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin und vor Beratungen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Die internationale Konkurrenz könne zu wesentlich günstigeren Preisen produzieren, immer mehr Unternehmen würden in Deutschland keine Perspektive mehr sehen.

"Wir werden die Bundesregierung eindrücklich bitten, entschiedene Massnahmen zu ergreifen, um die industrielle Substanz in Deutschland zu sichern", so Weil. Darüber seien sich alle 16 Bundesländer einig. Die Regierung würde darauf verweisen, dass Hilfen schwer mit den europäischen Regeln in Einklang zu bringen seien. Weil verwies aber auf EU-Staaten wie Spanien oder Italien, die längst Lösungen gefunden haben, um ihren Unternehmen zur Seite zu stehen, beispielsweise über Steuergutschriften. "Meine Erwartung ist, dass Deutschland auch in der Lage ist, seine Interessen so zu vertreten, wie das in anderen Ländern gelingt", erklärte der Landesvater.

### Länder verlangen Entscheidung

Auch NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sagte, man könne über die Mittel streiten, etwa einen Industriestrompreis oder Direktvermarktungsverträge, und darüber mit Brüssel diskutieren. "Aber die Diskussion hat noch nicht einmal angefangen, weil es dazu keine Haltung der Bundesregierung gibt." Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte Anfang Mai ein Konzept für einen stufenweisen Industriestrompreis vorgelegt. Darüber sollen die Stromkosten für



Weitere Nachrichten und Marktdaten  
online unter [www.energate-messenger.ch](http://www.energate-messenger.ch).  
Einfach einloggen und weiterlesen.

ener|gate  
messenger.ch

besonders energieintensive Unternehmen im ersten Schritt auf 6 Cent/kWh sinken. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) lehnt solche staatlichen Eingriffe aber ab. Auch Bundeskanzler Scholz zeigt sich skeptisch und sagte, es dürfe keine "Dauersubventionen" im Energiemarkt geben.

Während Teile der Industrie noch weitergehende Hilfen und ein Absenken des Strompreises auf 4 Cent/kWh fordern, äussern sich Vertreter der Energiebranche ebenfalls skeptisch. Es sei unbestritten, dass die Strompreise in Deutschland zu hoch seien, sagte Eon-Chef Leonhard Birnbaum am Rande des BDEW-Kongresses im Gespräch mit Journalisten. Das Konzept des Industriestrompreises würde seiner Ansicht nach aber "massiv in den Markt eingreifen". Birnbaum plädierte daher für "marktschonende Regelungen".

### Dauerstreit lähmt schnellere Planung

Ebenfalls keine Einigung zwischen Bund und Ländern gab es bei der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Bau von Infrastrukturprojekten. Laut NRW-Ministerpräsident Wüst liegt das ebenfalls am Dauerstreit in der Ampelkoalition. Sie sei in dem Punkt nicht abgestimmt. Das mache es schwierig, vorwärtszukommen. "Es wird langsam zum Treppenwitz, dass wir gerade beim Thema Planungsbeschleunigung so viele Verzögerungen haben", sagte Wüst und stellte eine Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz dazu in Aussicht. Darüber hinaus kündigte Niedersachsens Ministerpräsident Weil an, die Länder würden gemeinsam mit dem Bund "ein verstärktes Monitoring der Energiewende angehen". Dabei solle auch die Planung überwacht werden, um zu sehen, ob das Tempo hoch genug ist. /mh

## BUNDESTAGSDEBATTE

# Opposition will Heizungsgesetz in die Tonne treten

**Berlin (energate) - Der Bundestag hat über die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beraten. Während Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) das sogenannte Heizungsgesetz als debattier- und entscheidungsreif bezeichnete, sprach Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU) von einer "Zumutung" für das Parlament.** Das Verfahren sei "verkorkst" und das nun diskutierte Gesetz im Grunde veraltet. Stattdessen gebe es zwei Seiten Leitplanken für eine Koalition, die längst den Kurs verloren habe. "Ziehen Sie das Gesetz zurück", forderte Spahn, es sei "für die Tonne". Er forderte stattdessen ein parlamentarisches Verfahren, bei dem kein weiteres Vertrauen der Bevölkerung zerstört werde.

Die Ampel-Koalition hatte monatelang über das sogenannte Heizungsgesetz gestritten. Der Plan, das Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu beschliessen, stand auf der Kippe. Vor allem die FDP hatte auf weniger strenge Vorgaben gedrungen. Die Ampel-Parteien hatten sich daher am 13. Juni auf Änderungen an den Plänen geeinigt, die unter anderem für Bestandsgebäude

längere Übergangsfristen vorsehen. Bauministerin Klara Geywitz (SPD) bezeichnete den Streit zwischen den Fraktionen als Ausdruck eines selbstbewussten Parlamentes. Viel zu lange sei nicht über das Thema Heizungen gesprochen worden, nun sei die Debatte da. Das Gebäudeenergiegesetz soll jetzt mit einem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung aus dem Bauministerium verknüpft werden. Dies sei sinnvoll, so Geywitz. Die Menschen wollten Orientierung. Es gehe darum, gemeinsam mit den Bürgern im Land die Modernisierung im Heizungskeller zu schaffen.

Auch FDP-Fraktionsvize Lukas Köhler betonte, dass erst der Staat vorlegen müsse, wie es vor Ort weitergehen solle. Dazu müsste die Kommune eine Wärmeplanung machen. Dann könne der Bürger frei entscheiden, welche Heizung er einbaue. Unterbrochen wurde er in seiner Rede von Klaus Ernst (Linke), der den Ausschuss für Klimaschutz und Energie im Bundestag leitet. Der Ausschuss wird sich am 21. Juni mit dem Gebäudeenergiegesetz befassen.

Ernst beklagte, dass im Ausschuss nur über die Leitplanken geredet werde: "Diese Leitplanken sind nicht das Gesetz", kritisierte er. "Warum geben Sie dem Parlament nicht genügend Zeit, ein Gesetz zu beraten?", fragte Ernst. Keiner wüsste, was schliesslich umgesetzt werden solle. Dies sei kein ordentliches parlamentarisches Verfahren. "Im Maschinenraum der Demokratie wird von den Abgeordneten diskutiert, wie das Gesetz verbessert und weiterentwickelt wird", antwortete Köhler. Wichtig sei, dass der Kern des Gesetzes verändert werde: erst die Kommune, dann der Bürger.

Dieser Punkt ist auch der Immobilienwirtschaft wichtig: "Es ist ein Riesenschritt nach vorn, dass bei der weiteren Planung das Gebäudeenergiegesetz und die kommunale Wärmeplanung logisch abgestimmt werden", sagte Andreas Mattner, Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA), gegenüber energate. Auch ein paar Details stimmten die Immobilienwirtschaft optimistisch: "Bei Biomasse wie Holzpellets wurden zum Beispiel die zusätzlichen Anforderungen an Biomasse wie Solarthermie oder Speicher gestrichen. Das ist gut für Hoteliers, insbesondere im ländlichen Raum", so Mattner. Nun sei wichtig, dass beide Gesetzgebungsverfahren - Gebäudeenergiegesetz und Wärmeplanungsgesetz - schnell und inhaltlich aufeinander abgestimmt zum Abschluss gebracht würden. Das will die Bundesregierung noch vor der parlamentarischen Sommerpause schaffen. /ck

## EUROPA

### ÜBERANGEBOT

# Polen hat zu viel Kohle

**Warschau (energate) - Die Situation könnte nicht widersprüchlicher sein: In Polen, wo Kraftwerksbetreiber im vergangenen Winter noch eilig grosse Mengen Kohle auf den Weltmärkten eingekauft hatten, herrscht inzwischen ein Überangebot an dem Energieträger.** Polnische Energieproduzenten halten sich inzwischen mit der Abnahme der Kohle aus



den heimischen Bergwerken zurück. Die Gewerkschaften warnen bereits vor der nächsten Krise des polnischen Bergbaus, sollten die Zechenbetreiber infolge der sinkenden Nachfrage die Förderung reduzieren. Zugleich sinkt der Preis für die Kohle rapide. Die Polska Grupa Gornicza (PGG), der grösste Steinkohleförderer Europas, hat im Mai eine Verkaufsaktion gestartet. Private Verbraucher, die ihre Häuser mit Kohleöfen heizen, könnten unter bestimmten Bedingungen Kohle zum Sonderpreis von umgerechnet 87,70 Euro/Tonne kaufen. Im August des vergangenen Jahres 2022 lag der Preis noch bei 269,23 Euro/Tonne.

### Zu viel Kohle importiert

Die in Polen traditionell sehr starken Bergbaugewerkschaften werfen der Regierung und den Energieunternehmen vor, dass sie im vergangenen Herbst und Winter zu viel Kohle aus dem Ausland auf den polnischen Markt gebracht haben. Die Kohlenimporte nach Polen beliefen sich im Jahr 2022 auf rund 20 Mio. Tonnen. Der Energiekonzern Polska Grupa Energetyczna (PGE), grösster Kraftwerksbetreiber des Landes, war auch der wichtigste Importeur von Kohle in der Heizsaison 2022/2023 gewesen. Das Unternehmen kaufte weit mehr als 12 Mio. Tonnen im Ausland ein.

Polnische Marktexperten machen bereits darauf aufmerksam, dass sich das Szenario vom vergangenen Winter wiederholen könnte, da der heimische Kohleabbau weiter heruntergefahren wird. Die Kohleförderung ist seit Jahren in der Tendenz rückläufig. Summierten sich die Fördermengen im vergangenen Jahr noch auf rund 53 Mio. Tonnen, lagen sie etwa im Jahr 2019 noch bei rund 62 Mio. Tonnen. Dieselbe Entwicklung führte schliesslich im Kriegswinter 2022/2023 zu der Angebotslücke, die nur mit teuren Importen gestopft werden konnte. Die Agentur für industrielle Entwicklung (APP) gab bekannt, dass die Kohleverkäufe im April mit 3,3 Mio. Tonnen den historisch niedrigsten Stand erreicht haben. Die heimische Kohleförderung lag im selben Monat bei 3,5 Mio. Tonnen. Bei den Beschäftigten der Kohleindustrie ist die rückläufige Entwicklung aber noch nicht angekommen. Nach Angaben der APP waren Ende April rund 75.500 Personen in den polnischen Kohlegruben beschäftigt - rund 600 mehr als im April des vergangenen Jahres.

Die Kohleunternehmen versuchen, mit öffentlichen Verlautbarungen die aufkommende Unruhe in der Branche im Keim zu ersticken. Insbesondere Kasjan Wyligala, Vorstandsvorsitzender des Kohleförderers Lubelski Wegiel Bogdanka (LWB), geht seit Wochen in die mediale Offensive. "Die Preise auf den internationalen Märkten unterliegen starken Schwankungen, sind aber derzeit noch relativ hoch", sagte er im Gespräch mit der wichtigsten polnischen Tageszeitung "Rzeczpospolita". Bogdanka habe mit den wichtigsten Kunden langfristige, stabile Verträge abgeschlossen, deren Preisformeln hauptsächlich auf den inländischen Kohlepreisen beruhen. Diese befänden sich wiederum auf einem hohen Niveau. Das endgültige Preisniveau werde das Ergebnis der Entwicklung der inländischen Preisindizes und der Verhandlungen mit den Kunden sein, blickte er voraus. "In Anbetracht der aktuellen und von Experten prognostizierten Preise für heimische und importierte Kohle sind wir zuversichtlich, was unsere unmittelba-

ren und langfristigen Investitionspläne angeht", so Wyligala. LWB gilt als das rentabelste polnische Kohleabbauunternehmen. Laut den Geschäftszahlen, die das Unternehmen im Mai veröffentlichte, erwirtschaftete der Kohleförderer ein positives Ergebnis von knapp 550 Mio. Euro. Der Branchenprimus hat einen Anteil von 16,5 Prozent am Steinkohlemarkt und einen Anteil von 21,7 Prozent am Markt für Kraftwerkskohle in Polen, sowie einen Anteil von 27,1 Prozent am Markt für Kohle, die an die kommerzielle Stromwirtschaft verkauft wird. /Aleksandra Fedorska

### DIREKTVERMARKTUNG

## Statkraft schliesst PPA für grünen Wasserstoff aus dem Ruhrpott

**Oberhausen (energate) - Bei der Herstellung von grünem Wasserstoff in Deutschland setzt Air Liquide künftig auf Ökostrom von Statkraft. Die Deutschlandsparten der beiden Konzerne unterzeichneten dazu jetzt einen langfristigen Stromliefervertrag zur Versorgung des Elektrolyseurs "Trailblazer".** Diese Vereinbarung (Power Purchase Agreement, PPA) läuft für drei Jahre und bezieht sich auf Strom aus Onshore-Windparks mit 45 MW, teilte Statkraft mit. Für die Norweger stellt der Vertragsabschluss eine Premiere dar. "Dies ist unser erster Grünstrom-PPA, der die Herstellung von grünem Wasserstoff ermöglicht", kommentierte Sascha Schröder, Vice President Central European Origination bei Statkraft, die Unterzeichnung.

### Wasserstoffproduktion startet mit 20 MW

Trailblazer ist bislang im Bau und eine Pilotanlage. Sie befindet sich am Air-Liquide-Standort Oberhausen in Nordrhein-Westfalen. Dort will der französische Industriegashersteller ab 2024 klimafreundlichen Wasserstoff für die Industrie und den Mobilitätssektor produzieren. Der Elektrolyseur soll Ende 2023 zunächst mit 20 MW in Betrieb gehen. Air Liquide kalkuliert allerdings damit, die Produktionskapazität auf 30 MW steigern zu können, wie es hiess. Generelles Ziel sei es, mit einer Wasserstoffproduktion in grossem Massstab den "Schlüsselindustrien im Ruhrgebiet" bei der Dekarbonisierung zu helfen. Ausser Wasserstoff stellt Air Liquide in Oberhausen auch Sauerstoff her. /pa

### INDUSTRIE

## Vorlaufphase für CO2-Grenzabgabe startet

**Brüssel (energate) - Am 1. Oktober beginnt die Übergangsphase für den europäischen CO2-Grenzausgleichsmechanismus. In Kraft treten wird dieser im Jahr 2026. Mit dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) will sich die EU vor Importen aus Staaten mit weniger starken Umweltauflagen schützen.**

Für die geplante Übergangsphase hat die EU-Kommission nun einen Entwurf für eine Durchführungsverordnung vor-

gelegt. Er enthält im 89-seitigen Anhang Methoden zur Berechnung eingebetteter Emissionen, die während des Produktionsprozesses von CBAM-Waren (Aluminium, Eisen und Stahl, Düngemittel, Wasserstoff, Strom und Zement) freigesetzt werden. Die Behörde konsultiert den Entwurf bis zum 11. Juli. Die Durchführungsverordnung soll danach von der EU-Kommission nach einer Abstimmung im CBAM-Ausschuss, der sich aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt, offiziell angenommen werden.

In der Übergangsphase des CBAM müssen Händler nur über die Emissionen berichten, die mit ihren Importen verbunden sind, die dem Mechanismus unterliegen, ohne eine finanzielle Anpassung zu leisten. Während Importeure ab dem 1. Oktober 2023 lediglich aufgefordert sind, Daten für das vierte Quartal zu sammeln, müssen sie ihren ersten Bericht bis Ende Januar 2024 einreichen.

### Einheitliche Berechnungsmethode ab 2025

Der Entwurf der Durchführungsverordnung sieht eine gewisse Flexibilität bei den Werten vor, die zur Berechnung eingebetteter Emissionen bei Importen verwendet werden. So können die Unternehmen auf Grundlage gleichwertiger nationaler Systeme von Drittländern oder auf Grundlage von Referenzwerten Bericht erstatten. Ab dem 1. Januar 2025 soll nur noch die neue endgültige EU-Methode akzeptiert werden, die die EU-Kommission allerdings noch entwickeln muss, um sie in einer weiteren Durchführungsverordnung vorlegen zu können.

Der Zweck des Übergangszeitraums bestehe darin, Daten zu sammeln, die dazu beitragen, die Ausgestaltung des CBAM im Hinblick auf die endgültige Phase ab 2026 zu verfeinern, heisst es von der EU-Kommission. Zu diesem Zweck werde sie einen Bericht an das EU-Parlament und den EU-Rat übermitteln und gegebenenfalls bis Mitte 2025 einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung vorlegen. /rl

## ERNEUERBARENAUSBAU

# Bundesländer holen bei Energiezielen auf

**Wien (energate) - Die Bundesländer haben bei der Umsetzung der Klima- und Energieziele, vor allem beim PV-Ausbau, gegenüber den Vorjahren stark aufgeholt.** Der Aufwärtstrend bei Solarenergie sei jedoch für alle erneuerbaren Technologien erforderlich, so die Forderung beim Fachdialog zur Energiewende vom Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) in Wien. In der Studie zu "Klima- und Energiestrategien der Länder" listete die Österreichische Energieagentur (AEA) aktuelle Zahlen zum Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung auf. Bei den landesweiten Zielen klappt aber noch eine Lücke von 3,6 TWh. Im Jahr 2021 haben noch 16,3 TWh gefehlt, sagte der AEA-Leiter Energiewirtschaft und Infrastruktur, Günter Pauritsch. Beim Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch wurden laut Studie die Ziele der Länder zu 94 Prozent an die Bundesvor-

gaben angeglichen. Handlungsbedarf bestehe bei der Energieeinsparung. Laut Entwurf des Energieeffizienz-Reformgesetzes 2023 liege dieser nun bei 31,8 TWh. "Die Bundesländer dürfen dabei nicht einzelne Technologien herauspicken und favorisieren, sondern müssen entsprechend ihrer Potenziale alle realisieren", forderte EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtel-Grundnig. Der von der AEA ermittelte Zehnjahrestrend zeigt, dass bei gleichbleibendem Engagement alle Energieziele stark verfehlt würden.

Nach wie vor mangelt es in allen Bundesländern an ausgewiesenen Flächen für den Windkraftausbau. "Es fehlt an Personal in den Genehmigungsbehörden, um die Verfahren rasch abzuarbeiten und nicht wieder künstlich Warteschlangen zu erzeugen", erläuterte IG-Windkraft-Geschäftsführer Stefan Moidl.

Trotz der positiven Dynamik bei den PV-Ausbauzielen brauche es noch entsprechende Landesgesetze für PV auf Gebäuden und Infrastruktur, geeignete Flächen für Grossprojekte und leistungsfähige Stromnetze. "Doch die meisten Bundesländer agieren planlos und haben bei den Voraussetzungen für Grossprojekte blinde Flecken", kritisierte die Geschäftsführerin des Bundesverbands Photovoltaic Austria, Vera Immitzer. Damit würden die Länder einen abrupten Abbruch des aktuellen PV-Aufwärtstrends riskieren, so ihre Warnung.

### Energieeffizienz im Fokus

Im Rahmen eines klimaneutralen Österreichs bis 2040 sei künftig ein höherer Bedarf an erneuerbarer Energie, besonders in der Stromerzeugung, zu erwarten. Auch der Gesamtenergieverbrauch müsse deutlich gesenkt werden. "Die Energiewende ist eine Strom- und Energieeffizienzende", betonte AEA-Experte Pauritsch.

Der Erneuerbarenausbau müsse "Hand in Hand" mit Effizienzmassnahmen erfolgen. Laut Studie müssen bei Treibhausgasemissionen bis 2030 jährlich rund 3,4 Prozent eingespart werden. Dieser Wert liege deutlich über den 0,8 Prozent, die von 2005 bis 2019 eingespart wurden. /imk

## INTERNATIONAL

### ADD-ON STROM

# Strom-Frontjahr klettert erstmals seit April wieder über 150 Euro

**Essen (energate) - Sowohl am langen als auch am kurzen Ende zeigte die Preiskurve im Stromgrosshandel deutlich nach oben. Während der Spotmarktpreis in der zurückliegenden Handelswoche erstmals seit April wieder die Marke von 120 Euro/MWh knackte, kletterte das Jahresband Cal 24 in der Spitze sogar über die Marke von 150 Euro.** Dieser Kontrakt hatte ebenfalls letztmals im April über dieser Schwelle gestanden. Gleichwohl war er auch im Mai für längere Zeit in



dieser Preisregion unterwegs gewesen, allerdings knapp unter 150 Euro/MWh. Dabei war der aktuelle Aufwärtstrend am kurzen Ende der Kurve zeitweise von grosser Volatilität geprägt. Verschiedenen Händlern zufolge orientierte sich die jüngste Preisrallye stark an den volatilen Gaspreisen, die auf einen nervösen Markt und Berichte zurückgehen, dass im Oktober die Gasförderung in Groningen eingestellt werden soll. Was die Regierung in Den Haag dementierte. Klassische Sommereffekte haben am Strommarkt den Preisauftrieb noch verstärkt, erklärte ein Händler. Dazu zählte er die Wetterprognosen, die weiter Hitze und Trockenheit vorhersagen. Dies treibe die Erwartung auf erhöhten Strombedarf für Kühlung. Aufkommende Debatten über die sinkenden Pegelstände der Stauseen in Deutschland täten ihr Übriges, so der Händler weiter.

### Spotmarkt klettert über 120 Euro

Der Day-Ahead ging zu Beginn des Berichtszeitraums am vergangenen Donnerstag mit 84,52 Euro/MWh aus dem Handel. Die Kalenderwoche beschloss er um 2,5 Prozent teurer bei 86,68 Euro/MWh. Für das handelsfreie Wochenende zeigte die Preiskurve naturgemäss eine deutliche Abwärtsdelle. Notierte der Day-Ahead am Samstag noch bei 55,13 Euro/MWh, waren es am Sonntag lediglich noch 40,75 Euro/MWh. Der Wochenstart stand dann ganz im Zeichen hoher Volatilität. Am Montag verteuerte sich der Strom am Spotmarkt zunächst schlagartig auf 96,40 Euro/MWh. Darauf folgte am Dienstag eine Abkühlung zurück auf die 90-Euro-Marke. Am Mittwoch durchbrach die Preiskurve erstmals in der Woche die 100-Euro-Marke und landete bei 102,94 Euro/MWh. Donnerstag sprang der Spotmarktkurs schliesslich auf 120 Euro/MWh.

### Solarstromhoch dämpft die Preisrallye nicht

Die üblicherweise für den Spotmarkt mitprägende Erneuerbareenerzeugung gestaltete sich ähnlich wie in der ebenfalls sommerlichen Vorwoche, mit viel Sonnen- und wenig Windstrom. Die deutschlandweite Solarstromeinspeisung bewegte sich konstant über 35.000 MW und erreichte in der Spitze zwischen 39.000 und 40.000 MW. Die Erzeugungsleistung aus Wind kam indes nicht über 15.000 MW hinaus. Am Mittwoch schafften Windkraft und PV gemeinsam ihren Spitzenwert der Woche mit mehr als 50.000 MW, was den Preisanstieg am Spotmarkt allerdings offensichtlich eindämmte.

### Frontjahr ausschliesslich im Aufwärtstrend

Der Kontrakt für das Kalenderjahr 2024 kannte im Berichtszeitraum nur eine Richtung: aufwärts. Los ging die Kletterpartie des Cal 2024 am Donnerstag der Vorwoche mit einem Schlusskurs von 125,05 Euro/MWh, tags drauf notierte das Frontjahr schon bei 133,80 Euro/MWh. Am Montag verlangsamte sich der Aufwärtstrend und Cal 2024 verteuerte sich lediglich auf 134,04 Euro/MWh. Ab Dienstag folgten Sprünge zunächst auf 143,74 Euro/MWh und schliesslich auf 150,33 Euro/MWh.

Besagte preistreibende Sprünge am Gasmarkt erklärte ein Händler mit der dort vorherrschenden grossen Nervosität. Diese gründete sich unter anderem auf Unklarheiten in Bezug auf Gasflüsse aus Norwegen, weil dort kurzfristig verlängerte Revisionszeiten für einzelne Gasfelder im Raum gestanden hätten. Überdies hätten Spekulationen über die Nichtverlängerung einzelner noch immer bestehender Gasbezugsverträge zwischen Russland und Abnehmern aus Österreich und Italien Ängste geschürt. Das wiederum habe den Gaspreis trotz der für die Jahreszeit Rekord-hohen Füllstände von durchschnittlich 75 Prozent weiter steigen lassen. Nicht zuletzt habe die längere Phase fallender Strom-Grosshandelspreise in der jüngsten Vergangenheit kurzfristig agierende, spekulative Marktteilnehmer zurück an die Grosshandelsbörsen gebracht. Deren Bedarf wiederum habe ebenfalls zur Preisentwicklung beigetragen. /pa

### ADD-ON GAS & WÄRME

## Meldung über Groningen-Schliessung sorgt für Gashandelsturbulenzen

**Berlin (energate) - Eine Agenturmeldung über die Entscheidung der niederländischen Regierung zur finalen Schliessung des Groningen-Feldes sorgte am Donnerstag für hohe Volatilität im Gashandel.** Der Handel für den Frontmonat Juli startete morgens bei 36,90 Euro/MWh an der TTF. Bis zum Mittag stieg der Preis auf 49,90 Euro/MWh. Bis gegen 14:30 Uhr war er wieder auf 42,20 Euro/MWh gefallen. Anschliessend ging es wieder aufwärts. 43,50 Euro/MWh war der EEX-Preis für die TTF um 16:00 Uhr. Eine Meldung, die niederländische Regierung habe die endgültige Einstellung der Groningen-Produktion zum 1. Oktober beschlossen, habe zu den Turbulenzen geführt, sagten Händler übereinstimmend.

Dies überrascht, da die Schliessung des Feldes zu erwarten war. Zudem hat die Meldung einen kleinen Haken: Die niederländische Regierung hat dementiert, dass die Entscheidung schon getroffen wurde. Dies werde erst am 23. oder 30. Juni erfolgen, sagte gemäss Zeitungsberichten ein Sprecher des niederländischen Ministeriums für Wirtschaft und Klimapolitik. Die darauf einsetzende Entwicklung zeige, wie schnell der Markt wieder unruhig werden kann, kommentierte ein Händler und fügte hinzu: "Wenn der Markt wirklich wieder enger wird, könnten dann wieder noch viel heftigere Preisausschläge möglich werden."

### Hammerfest-Rückkehr geht unter

Fundamental war die Achterbahn nicht zu rechtfertigen. Vermutlich, so Marktteilnehmer, haben ein "Short Squeeze" und die Preisübertreibung durch Algo-Trader den Markt beeinflusst. Im Grunde hat aber nur eine nervöse "bullische" Stimmung ihren Höhepunkt gefunden, die schon während der gesamten Woche das Handelsgeschehen bestimmt hat. Der Day-Ahead startete am Montag mit einem Preis von 30,70 Euro/MWh an der TTF in die Woche. Am Dienstag

stieg der Preis auf 35,60 Euro/MWh. Auslöser waren am Montag Meldungen über eine Verlängerung von Wartungsarbeiten im norwegischen System. Am Mittwoch setzte sich der Preisanstieg fort, 38,40 Euro/MWh lautete die Notierung zum Handelsschluss: "Alle Energiepreise, vor allem auch Strom und CO2, notieren fester", verwies ein Händler auf das Preisumfeld für Gas. Die Meldung über eine planmäßige Wiederaufnahme des Betriebs im norwegischen LNG-Terminal Hammerfest ging eher unter und sorgte nicht für eine Preisberuhigung: "Vor drei Wochen, als in Hammerfest der Betrieb unterbrochen werden musste, hat der Markt noch stark reagiert; mit einem deutlichen Preissprung nach oben", erinnert sich ein Händler.

### Erste Hitzewelle treibt Preise

Auch im Terminmarkt waren die Preise sehr fest. Q3/23 wurde am Donnerstagnachmittag mit 42,80 Euro/MWh gehandelt. 32,20 Euro/MWh lautete die Notierung an der TTF am Montag zum Handelsschluss: "In Asien gibt es eine erste Hitzewelle. Dies dürfte zu einem Anstieg des JKM-Index und einer stärkeren LNG-Nachfrage dort führen", meinte ein Händler. Bis zum 24. Juni werden in Nordwesteuropa 19 LNG-Tanker erwartet. Dies sei deutlich weniger als in den Wintermonaten, schreiben die Analysten eines Handelshauses. Die Preise aller Kontrakte für 2024 gingen ebenfalls deutlich nach oben. Winter 23 wurde zuletzt mit 56,90 Euro/MWh gehandelt, 46,00 Euro/MWh waren es am Montag. Für Cal 24 wurden Donnerstagnachmittag 56,30 Euro/MWh an der TTF bezahlt. 47,30 Euro/MWh lautete die Schlussnotierung am Montag. Auf die Frage, ob denn die Preise nun wieder deutlich sinken, reagierten Händler eher achselzuckend. Die weitere Entwicklung sei schwierig einzuschätzen. **/hl**

## ENERGYCHARTS CO2-MARKTBERICHT KW 24/2023

# Spekulant treiben EUAs über 90-Euro-Marke

**Willich (EnerChase) - Während am Montag der KW 23 noch ein neues Tief bei 78,01 Euro/t CO2 markiert werden konnte, zeigten sich bis zum Ende der Handelswoche anschliessend klar die CO2-Bullen als dominierende Marktpartei. Im Einklang mit den kraftwerksrelevanten Energierohstoffen Strom, Gas und Kohle ging es kräftig aufwärts. Auf Wochenschlusskursbasis verzeichnete der EUA-Dezember-Future ein Plus von 9,7 Prozent auf 86,14 Euro/t CO2.**

Nach der bullischen Vorwoche sah es zum Handelsstart der KW 24 zunächst danach aus, als könnten sich die Bären

zurückmelden. Nach einer Eröffnung bei 86,53 Euro/t CO2 fiel der CO2-Dez-23-Kontrakt bis auf 84,88 Euro/t CO2 zurück. Anschliessend musste das Handelszepter jedoch wieder an die Bullen übergeben werden, sodass die Emissionszertifikate am Montag mit einem Plus von 2,41 Prozent bei 88,22 Euro/t CO2 schlossen. Am Dienstag legten die Verschmutzungsrechte dann im Schlepptau der steigenden Gasnotierungen weiter zu. Der Dezember-Kontrakt schloss 2,83 Prozent höher bei 90,72 Euro/t CO2. Auch am Mittwoch setzte sich der Bullenmarkt weiter fort. Für den CO2-Dez-23-Kontrakt ging es 3,2 Prozent im Plus bei 93,62 Euro/t CO2 aus dem Handel. Intraday notierte der Dezember-Future dabei zwischen 89,91 Euro/t CO2 auf der Unter- und 94,11 Euro/t CO2 auf der Oberseite. Am Donnerstag kann die Aufwärtsbewegung allerdings nicht mehr fortgesetzt werden. Gegen 16 Uhr notieren die CO2-Zertifikate 1,24 Prozent leichter bei 92,46 Euro/t CO2. Gehandelt wurde der Kontrakt bislang zwischen 91,40 Euro/t CO2 auf der Unter- und 95,25 Euro/t CO2 auf der Oberseite.

### Investmentfonds reduzieren Netto-Short-Position im EU-ETS

Mitentscheidend für die Kursrally war auch der Kaufdruck durch die Investmentfonds. So zeigt der aktuelle Commitments-of-Traders-Report (CoT-Report) für die abgelaufene Handelswoche 23, dass sich die Netto-Short-Position der starken Hände um 5,3 Mio. EUAs auf 20,1 Mio. EUAs reduziert hat. Dabei wurden die Long-Positionen um 1,1 Mio. EUAs aufgebaut und zeitgleich die Short-Positionen um 4,2 Mio. EUAs abgebaut. In der aktuellen Handelswoche dürfte sich der Abbau der Short-Positionen weiter fortgesetzt haben. Einen Hinweis darauf gibt die Entwicklung des "Open Interest". Es zeigt sich, dass die Kursanstiege mit einer starken Abnahme der offenen Positionen einhergehen.

### Weniger Auktionsangebot bei Primärmarktauktion

Bei der Primärmarktauktion in dieser Woche fällt das EUA-Auktionsangebot aufgrund des zweiwöchigen Rhythmus der polnischen Auktion um 2,7 Mio. EUAs niedriger aus als in der KW 23. Bei der ersten Versteigerung am Montag wurde ein Auktionspreis von 83,45 Euro/t CO2 erzielt. Die Bid-to-Cover Ratio lag bei 2,02. Am Dienstag stieg der Clearing-Preis auf 86,44 Euro/t CO2 an. Die Cover Ratio lag bei 2,05. Angesichts der Kursrally am Sekundärmarkt übersprang der Auktionspreis am Donnerstag die 90-Euro-Marke. Die Versteigerung erzielte einen Preis von 91,67 Euro/t CO2. Die Cover Ratio betrug 2,03.

**Autoren: Stefan Küster, Tobias Waniek**

[www.EnergyCharts.de](http://www.EnergyCharts.de)







